

ENTWURF zur Information, wird mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes finalisiert versendet

U4-Verlängerung auf den Grasbrook - Ausschreibung der Geodätischen Beweissicherung und Erstellung eines Grundlagennetzes

Angebotsbedingungen

Träger des Vorhabens:



HOCHBAHN

Angebotsbedingungen

1. Vergabeverfahren

Es gelten die Regelungen der Sektorenverordnung – SektVO in der zum Zeitpunkt der EU-Bekanntmachung des Qualifizierungssystems geltenden Fassung. Aufträge werden im Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb vergeben.

Die HOCHBAHN als Auftraggeber hatte gemäß § 37 SektVO die Absicht der Auftragsvergabe mittels der EU-Bekanntmachung Nr. XXXXX – 2026 vom XX.XX.2026 im TED veröffentlicht.

Alle Bewerber, die anhand der gemäß EU-Bekanntmachung vorgelegten Nachweise und Unterlagen ihre Eignung zur Ausführung der zu vergebenden Leistungen nachgewiesen haben, können am weiteren Vergabeverfahren teilnehmen und werden zeitgleich über die DTVP-Vergabeplattform zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

2. Mitteilung von Unklarheiten in den Ausschreibungsunterlagen und Rückfragen der Bieter

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich, spätestens jedoch bis zum XX.XX.2026 in Textform darauf hinzuweisen.

Hinweise oder Bieterückfragen werden grundsätzlich nur in schriftlicher Form akzeptiert und sind in der Phase der Angebotserstellung ausschließlich über die DTVP-Vergabeplattform an den Auftraggeber zu senden.

Die Rückfragen werden von der HOCHBAHN gesammelt und anschließend mit den dazugehörigen Antworten allen Bietern über die DTVP-Vergabeplattform anonymisiert mitgeteilt. Alle Rückfragen müssen spätestens am XX.XX.2026 eingegangen sein, um der HOCHBAHN eine Beantwortung rechtzeitig vor Angebotsabgabe zu ermöglichen.

3. Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen

1.) Angebotsbedingungen

Diese Angebotsbedingungen, signiert vom Bieter.

2.) Honorarblatt

Das in den beigegeführten Vergabeunterlagen für Los 1, bzw. Los 2 jeweils enthaltene Honorarblatt ist vom Bieter vollständig ausgefüllt dem Angebot beizufügen.

3.) Nachweise der Qualifikation und Erfahrung der vom Bieter für die Ausführung des Auftrags vorgesehenen Mitarbeitenden

Für das eingesetzte Schlüsselpersonal ist mit dem Angebot ein abgeschlossenes einschlägiges Studium sowie eine mindestens fünfjährige einschlägige Berufserfahrung nachzuweisen. Weiterhin sind mit dem Angebot für das vom Bieter für die Ausführung des Auftrags vorgesehene Schlüsselpersonal geeignete Nachweise, wie z. B. der Lebenslauf und entsprechende Referenzbescheinigungen vorzulegen.

4.) ggfs. Bietergemeinschaftserklärung

Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot eine nach beigegeführtem Muster erstellte, vollständig ausgefüllte und von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung beizufügen.

4. Angebot

Angebote sind digital und ausschließlich über die DTVP-Vergabeplattform abzugeben. Die dem Angebot beizufügenden Unterlagen sind unter vorstehender Ziffer 3 genannt.

Das Angebot ist kostenlos zu erstellen. Es muss vollständig sein und die Preise sowie die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen, Unterlagen und Angaben enthalten. Die Angebotspreise sind für alle Leistungen und Optionen als fertige Leistung einschließlich aller Nebenkosten zu kalkulieren.

Änderungen des Bieters an seinen eigenen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Die Frist zur Angebotsabgabe endet am **XX.XX.2026** um 18:00 Uhr

Die Angebotssprache ist deutsch.

5. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen. Werden seitens des Bieters dennoch Nebenangebote eingereicht, werden diese bei der Angebotswertung nicht berücksichtigt.

6. Zuschlagskriterien

100 % Preis.

Der Auftrag soll an das nach Abschluss der Verhandlungen beim Auftraggeber eingegangene Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis beauftragt werden

7. Verhandlungsverfahren

Wie bereits in der EU-Bekanntmachung Nr. **XXXXX – 2026 vom XX.XX.2026** unter Ziffer 5.1.6 angekündigt, behält der Auftraggeber sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten.

Sollte der Auftraggeber sich jedoch entscheiden, in Verhandlungen einzutreten, werden mit zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern, die zum Ablauf der Angebotsfrist wertungsfähige Angebote vorgelegt haben, Verhandlungsgespräche geführt.

Die Angebote sind in diesem Falle von den Bietern auf gesonderte Aufforderung der HOCHBAHN zu überarbeiten und weiter zu präzisieren. Der/die Bieter werden dann ggf. ein abschließendes Angebot zeitgleich auf einer genau bezeichneten Grundlage abzugeben haben. Anschließend wird der Auftraggeber das/die abschließende(n) Angebot(e) prüfen und werten.

Die Vergabeverhandlungen werden in deutscher Sprache geführt.

Die eigentliche Zuschlagserteilung erfolgt beginnend am Tage nach der Absendung des Schreibens über die beabsichtigte Zuschlagserteilung und steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass bis zum Ablauf der gesetzlich geregelten Wartefrist des § 134 GWB kein Zuschlagsverbot nach § 169 Abs. 1 GWB eintritt.

8. Bietergemeinschaften

Aufträge an Bietergemeinschaften werden nur erteilt, wenn alle Mitglieder gesamtschuldnerisch haften und ein bevollmächtigter Vertreter benannt worden ist.

Bietergemeinschaften haben deshalb mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der verbindlich die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind,
- in der ein bevollmächtigter Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsgeschäftlich vertritt,
- in der die Zuweisung der Leistungsanteile der einzelnen Mitglieder ausgewiesen ist und
- dass alle Mitglieder im Auftragsfalle als Gesamtschuldner haften.

Außerdem sind die voraussichtlich für die technische und die kaufmännische Federführung vorgesehenen Mitglieder zu benennen.

Ein nachträglicher Wechsel im Mitgliederbestand einer Bietergemeinschaft nach Aufforderung zur Angebotsabgabe bis zum Ende der Angebotsabgabefrist ist grundsätzlich unzulässig und führt zum Ausschluss. Die Vergabestelle kann dabei ausnahmsweise einen Wechsel innerhalb einer Bietergemeinschaft zulassen. Dieses kann insbesondere der Fall sein, wenn

- a) die Eignung der Bietergemeinschaft im Qualifizierungssystem zuvor nachgewiesen wurde und diese nach dem Bestandswechsel ansonsten weitgehend unverändert bestehen bleibt,
- b) die ggf. erneute Eignungsprüfung bezogen auf den Aus-/Eintritt von Gesellschaftern zu keinem negativen Ergebnis führt und
- c) keine sonstigen rechtlichen Bestimmungen entgegenstehen.

Der Bieter ist verpflichtet, unaufgefordert die entsprechenden / erforderlichen Nachweise zu erbringen.

Bei im weiteren Vergabeverfahren evtl. abzugebenden Erklärungen der Bietergemeinschaft genügt die Erklärung des zuvor als vertretungsberechtigt bezeichneten Bieters.

9. Tariftreue, Mindestlohn

Der Bieter ist verpflichtet, im Falle der Auftragserteilung, den in seinem Unternehmen mit der Ausführung der beauftragten Bauleistung beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jeweils mindestens das Entgelt zu den tarifvertraglich vorgesehenen Zeitpunkten zu bezahlen, das allgemeinverbindliche Tarifverträge als Mindestentgeltsätze nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz am Ort der Ausführung vorsehen.

Besteht keine vorgenannte tarifvertragliche Bindung, ist der Bieter verpflichtet, im Fall der Auftragserteilung seinen bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (ohne Auszubildende) mindestens ein Entgelt entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen (derzeit 13,90 € brutto/Stunde, Stand Januar 2026).

Der Bieter ist im Falle der Auftragserteilung ferner verpflichtet, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die von ihm eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers wird er diesem die Entgeltabrechnungen vorlegen und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sowie die zwischen ihm und seinen Nachunternehmern abgeschlossenen Werkverträge gewähren. Seine Beschäftigten wird er auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinweisen.

Der Bieter ist des Weiteren verpflichtet, seinen Nachunternehmern die vorgenannten Pflichten im Hinblick auf die Einhaltung der Tariftreue und des Mindestlohnes, den Einsatz von (Nach-) Nachunternehmern und die Verpflichtung, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bereitzuhalten und diese auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen, ebenfalls aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch seine Nachunternehmer zu kontrollieren.

Der Bieter wird die vorstehenden Erklärungen auch von seinen Nachunternehmern abfordern und dem Auftraggeber vorlegen.

10. Geheimhaltung

Der Bieter ist verpflichtet, die Ausschreibungsunterlagen strikt vertraulich zu behandeln. Er wird durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass eine Kenntnisnahme und ein Missbrauch durch Dritte ausgeschlossen sind.

Die in den Ausschreibungsunterlagen enthaltenen Informationen dürfen vom Bieter nur zum Zwecke der Angebotserstellung im Rahmen dieser Ausschreibung eingesetzt werden. Sie dürfen nur an solche Mitarbeiter und Berater weitergegeben werden, die sie zur Angebotserstellung kennen müssen. Mitarbeiter und Berater sind zur Geheimhaltung nach diesen Regeln zu verpflichten. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung bleibt auch nach Beendigung des Ausschreibungsverfahrens auf Dauer in Kraft.

11. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

12. Bindefrist des Angebots

Die Bindefrist des Angebots endet am XX.XX.2026.

13. Bestätigung

Die vollständigen Angebotsbedingungen erkennen wir an.

.....
(Datum)

.....
(rechtsgültige Signatur des Bieters)